



15.01.2024 Politik ⌚ 13 Minuten Lesedauer

Atici, Urgese oder Thiriet? Das grosse Streitgespräch

Ersatzwahl vom 3. März: Die drei Regierungskandidaten kreuzen die Klingen zu den wichtigsten Themen.

von Christian Keller



*Kämpfen um den Einzug in den Regierungsrat: Luca Urgese (FDP, l.), Mustafa Atici (SP, Bildmitte), Jérôme Thiriet (Grüne).
Bild: Gloria Jäger*

Am Sonntag, 3. März, ist es soweit: Die Baslerinnen und Basler entscheiden, wer den Sitz von Neo-Bundesrat Beat Jans in der Kantonsregierung übernimmt.

Drei Kandidaten stellen sich zur Verfügung: Die bürgerlichen Parteien unterstützen FDP-Grossrat und Ex-Parteipräsident Luca Urgese (37), Leiter Finanzen und Steuern bei der Handelskammer beider Basel.

Die Basler Sozialdemokraten wiederum schicken Ex-Nationalrat Mustafa Atici (54), seines Zeichens Gastro-Unternehmer, als Nachfolger für Jans ins Rennen.

Doch auch die linke Schwesterpartei der SP Basel-Stadt, die Basler Grünen, stellt mit Jérôme Thiriet (41) einen eigenen Kandidaten auf. Thiriet, CEO der Kurierzentrale, sitzt seit 2019 im Grossen Rat.

Welcher der Kandidaten hat die besten Argumente? Im grossen Prime News-Streitgespräch debattieren Atici, Urgese und Thiriet zu den drängendsten Themen der Basler Politik.

Die integrative Schule steht stark in der Kritik. Unterstützen Sie die Wiedereinführung von Förderklassen, wie das eine Volksinitiative fordert?

Luca Urgese: Bei Lehrkräften wie Eltern herrscht Unzufriedenheit. Förderklassen könnten ein Instrument sein, damit Ruhe einkehrt und die Unterrichtsqualität wieder steigt. Ich

unterstütze deshalb die Stossrichtung der Initiative. Derzeit wird im Grosse Rat ja ein vom Erziehungsdepartement ausgearbeiteter Gegenvorschlag verhandelt. Der Grosse Rat hat jetzt die Möglichkeit, die Anliegen der Initiative besser zu berücksichtigen, was ich begrüssen würde.

Mustafa Atici: Die integrative Schule war eine gute Idee. Wir stellen nun aber fest, dass sie nicht funktioniert. Das Erziehungsdepartement hat lange nichts unternommen. Ich bin froh, dass die Initiative lanciert wurde. Wir müssen aber diskutieren, wie Förderklassen konzipiert sein sollen. Dass man wie früher einfach alle Kinder, die irgendein Defizit aufweisen, in Förderklassen abschiebt: Das kommt für mich nicht in Frage.

Jérôme Thiriet: Im Austausch mit Lehrkräften hört man deutlich heraus, dass die integrative Schule weder tragbar noch machbar ist. Insofern ist die Förderklassen-Initiative gerechtfertigt. Es braucht Gegensteuer. Ich erkenne im Gegenvorschlag interessante Punkte, die man weiterverfolgen sollte. Was mir momentan fehlt ist jedoch eine Stärkung der Lehrpersonen – sie tragen die Hauptlast der Integration und fühlen sich oft alleingelassen.

Die Maturitätsquote ist in Basel weiterhin hoch. Gleichzeitig klagen Firmen, die Lehre habe nach wie vor einen schweren Stand. Was ist zu tun?

Atici: Die Quotenregelung gewichte ich nicht allzu hoch. Schauen Sie, unser Problem ist ein anderes: Wir sind der Kanton mit den schweizweit höchsten Bildungskosten pro Kopf, aber dem letzten Platz in den Rankings. Kinder aus Basel-Stadt mit einem Sek-1-Abschluss sind mit einem schwachen Rucksack unterwegs. Wir müssen die Volksschule wieder stärken. Dann erübrigt sich die Diskussion um die Maturitätsquote.

Urgese: Es ist ein Fakt, dass die Maturitätsquote zu hoch ist – aber das ist ein Symptom für die mangelnde Qualität, die wir bei den Kernkompetenzen Lernen, Rechnen und Schreiben feststellen. Die Folge: Die Unternehmen bevorzugen lieber Lernende aus anderen Kantonen oder entscheiden sich für Maturanden, die eine Lehre absolvieren. Wenn wir den Fokus auf die Stärkung der Kernkompetenzen legen, stärken wir damit auch die Berufslehre.

Thiriet: Ich teile die Ansichten von Mustafa und Luca zur Maturitätsquote. Als jemand, der selbst eine Lehre absolviert hat, halte ich aber fest: Der Lehre mangelt es immer noch am Prestige. Viele Studentinnen und Studenten wären in einer Lehre besser aufgehoben. Ich würde mich dafür einsetzen, die Vorteile und Durchlässigkeit aufzuzeigen und zu sensibilisieren. Zudem braucht es deutlich mehr Sichtbarkeit und Vorbilder, welche zeigen, dass die Berufslehre ein Erfolgsweg ist.



Für FDP-Kandidat Luca Urgese ist die hohe Maturitätsquote in Basel-Stadt ein «Symptom für die mangelnde Qualität» der Schulbildung. Bild: Gloria Jäger

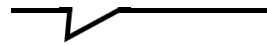
Eine interessante Aussage. Die Berufsverbände kritisieren, dass ihnen der Zugang an die Schulen verwehrt bleibt. Es bestehe keine Möglichkeit, die verschiedenen Berufsbilder im Klassenzimmer vorzustellen. Würden Sie das ändern?

Thiriet: Ja, darin erkenne ich einen guten Ansatz, das Gewerbe mit seinen Berufslehren näher an die Schülerschaft zu bringen. Auf keinen Fall würde ich mich solchen Anfragen verschliessen.

Urgese: Berufsverbände an den Schulen finde ich grundsätzlich sympathisch. Wirtschaft und Bildung sollten ohnehin Hand in Hand gehen.

Atici: In der Vergangenheit gab es positive Beispiele. Ich erinnere an die Zusammenarbeit von alt Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin mit dem verstorbenen Gewerbebedirektor Peter Malama: Mit der Einführung der Attestlehre wurden auf einen Schlag 400 Lehrstellen geschaffen. Ich würde als Regierungsrat deshalb intensiv mit dem Gewerbeverband zusammenarbeiten, um weitere Lösungen zu erarbeiten.

«Es ist Zeit für eine Evaluation und Korrekturen am Wohnschutzgesetz.»



Luca Urgese (FDP)

Beim neuen Wohnschutzgesetz gibt es massive Kritik von Unternehmen. Ein hoher Baloise-Manager sagte in der Basler Zeitung, die Zwischenbilanz sei «desaströs». Hat er recht?

Urgese: Dieses Interview ist keine Überraschung. Es brodelt schon lange. Die Linke hat dem Volk damals nicht reinen Wein eingeschenkt, was das Wohnschutzgesetz für Folgen hat. Dass nun mit Beat Leuthardt einer der Hauptinitianten so tut, als sei die Regierung am Desaster schuld, finde ich bemerkenswert. Es ist definitiv Zeit für eine Evaluation und Korrekturen.

Was sagen Sie, Herr Thiriet und Herr Atici, zur Kritik am linken Lager?

Thiriet: Das Gesetz ist ein Fakt. Probleme bestehen vor allem bei der Umsetzung: Die Verwaltung braucht zu lange Fristen, die Investoren haben keine Planungssicherheit. Das ist schlecht für den Standort. Es braucht sicherlich Optimierungen. Das gilt auch für ökologische Sanierungen. Das Wohnschutzgesetz muss sicherstellen, dass diese weiterhin möglich sind.

Atici: Mit dem Wohnschutzgesetz ist niemand zufrieden. Aber es gibt Realitäten: Wir dürfen die Leute mit dem kleinen Portemonnaie nicht aus der Stadt vertreiben. Auch nach Renovationen müssen sie in ihren Wohnungen bleiben dürfen. Ich ignoriere auch nicht, dass die Bürokratie ein Problem ist. Aber die Investoren können jetzt auch nicht so tun, als sei das Gesetz vom Volk nicht angenommen worden. Mein Vorschlag lautet deshalb, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen.



XProject

Brustkrebs: Regelmässiges Abtasten ist entscheidend

Bei jeder achten Frau wird die Erkrankung diagnostiziert. Ein Gespräch mit «Breast Care Nurse» Nadine Reemts.

Bald kommt die Initiative «Basel baut Zukunft» an die Urne. Sie fordert, dass bei den neuen Quartieren wie dem Klybeck mindestens 50% gemeinnütziger Wohnraum geschaffen werden muss. Ihre Meinung?

Atici: Ich verfolge die Linie, die Beat Jans vor seiner Wahl in den Bundesrat verfolgt hat: Der Regierungspräsident sprach sich beim Rhystadt-Areal wie auch beim Westfeld für 33% gemeinnützigen Wohnraum aus. Wir brauchen unbedingt bezahlbaren Wohnraum. Aber 50% ist zu hoch, das funktioniert in der Realität nicht. Und ich bin ein Realpolitiker.

Herr Urgese: 33% bezahlbarer Wohnraum – wäre das ein Deal?

Urgese: Das werden wir noch sehen. Aber es ist so typisch: Man macht die Rahmenbedingungen für die Investoren, die Wohnraum schaffen wollen, immer schwieriger. Da muss ich Jérôme Thiriet widersprechen: Die Probleme beim Wohnschutz sind eben nicht nur eine Frage der Umsetzung, sondern der Gesetzgebung. Und dafür sind die linken Parteien hauptverantwortlich. Wenn wir ein offener Kanton bleiben wollen, braucht es dringend neuen Wohnraum.



Jérôme Thiriet will der Kriminalität im Kleinbasel mit einer «Mischung aus Prävention und Repression» Herr werden. Bild: Gloria Jäger

Herr Thiriet, befürworten Sie die «Basel baut Zukunft»-Initiative?

Thiriet: Nein. Ich verfolge einen pragmatischeren Ansatz. Warum sollte sich der Staat beispielsweise nicht verpflichten Baugesuche in einer definierten Zeit zu behandeln? Im Baselbiet wird ein Grossteil der Gesuche innert 6 Wochen behandelt. Darauf sollten wir hinarbeiten.

Bei der Dreirosen-Anlage ist ein Gewalt-Hotspot entstanden. Auch beim ausufernden Drogenhandel im Kleinbasel hat man den Eindruck eines Staatsversagens. Was wären Ihre Massnahmen als Regierungsrat?

Thiriet: Ich wohne im Kleinbasel. Das ist ein super Stadtteil mit Einwohnern, die sich dort eigentlich wohlfühlen – umso grösser die Katastrophe, dass es Zonen gibt, wo dieses Gefühl nicht mehr besteht. Aus meiner Sicht braucht es die klassische Mischung aus Prävention und Repression, um die Lage wieder in den Griff zu bekommen. Die Überwachungskameras bei der Dreirosen-Anlage unterstütze ich und sie haben zum Glück zu einer gewissen Beruhigung geführt.

Atici: Ich bin häufig im Kleinbasel unterwegs und werde von vielen Seiten auf die Missstände angesprochen. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat lange zugeschaut, bis die Situation eskaliert ist. Das finde ich schade. Ich würde als Regierungsrat regelmässig Sprechstunden in den Quartieren organisieren, um die Sorgen der Leute zu kennen. Was es braucht, ist eine höhere Polizeipräsenz. Doch Polizistinnen und Polizisten sind schlecht bezahlt – aber das ist ein anderes Problem

Urgese: Ich nehme zur Kenntnis, dass nun offenbar auch die linke Seite die Problematik erkannt hat und mehr Polizei fordert. Gewalt-Hotspots sind zwingend zu vermeiden. Den Unterbestand bei der Polizei ändern wir mit attraktiveren Anstellungsbedingungen. Ein anderes Thema ist die befristete Wegweisung: Um Hotspot-Bildungen zu verhindern, muss dieses Mittel neu auch gegen Personen ausgesprochen werden können, die noch keine Gewalttat begangen haben. Für diese Gesetzesänderung mache ich mich stark.

«Was bis jetzt in Sachen Begrünung gemacht wurde, ist ein Witz. Die Blumenstöckli auf der Dreirosenbrücke sind eine Lachnummer.»



Jérôme Thiriet (Grüne)

Die Begrünungsaktionen des Bau- und Verkehrsdepartements sind umstritten. Nehmen wir das Beispiel Clarastrasse. Sind Sie zufrieden mit der Umsetzung?

Atici: Die bisherigen Massnahmen, auch in der Güterstrasse oder bei der Dreirosenbrücke, finde ich gut. Dass das noch nicht ausreicht, versteht sich von selbst. Die Erhitzung der Stadt hat gesundheitsschädigende Auswirkungen, es gibt – das belegen Studien – viele Todesfälle aufgrund der Hitzebildungen. Darum braucht es mehr Engagement für mehr Begrünung.

Thiriet: Also was bis jetzt in Sachen Begrünung gemacht wurde, ist ein Witz. Die Blumenstöckli auf der Dreirosenbrücke sind eine Lachnummer. Ich wohne in der Riehenstrasse und fahre täglich mit dem Velo durch die Clarastrasse: eine Betonwüste. Die Stadtklima-Initiativen sind zwar gescheitert. Ich erwarte trotzdem von den Behörden, dass mehr Power reinkommt. Es gibt zum Beispiel rollbare Grünflächen. Da muss jetzt einfach etwas passieren – so wie das in anderen europäischen Städten längst der Fall ist.

Urgese: Ich wohne am Anfang der Clarastrasse. Die Situation ist unbefriedigend. Für mich handelt es sich aber auch um ein typisches Beispiel, wo hohe Erwartungen auf die Realität treffen. Mit all den Leitungen im Untergrund kann man nicht einfach einen Baum pflanzen, wie gerne das Gegenteil behauptet wird. Was ich mir wünsche, ist mehr Offenheit für alternative Lösungen – zum Beispiel für Fassadenbegrünungen. Diese Grundhaltung habe ich über viele Jahre im rot-grün geführten Bau- und Verkehrsdepartement nicht wahrgenommen.

Abstimmen werden wir auch über Kapazitätserweiterungen der Autobahn. Konkret geht es um den Rheintunnel, der die Osttangente entlasten soll. Braucht es dieses Mega-Bauprojekt?

Urgese: Unbedingt! Der Rheintunnel ist ein entscheidendes Infrastrukturprojekt für unseren Kanton, das über Jahrzehnte aufgegleist wurde, um die Quartiere nachhaltig zu entlasten. Wenn wir den Erfolg bei der Nordtangente anschauen, verstehe ich den Widerstand der Linken umso weniger. Wie kann man nur die Forderung aufstellen, die Osttangente nach dem Bau des Rheintunnels wieder zurückzubauen?

Atici: Ich unterstütze den Rheintunnel.



Beim Thema Rheintunnel weicht Atici von der Parteilinie der SP ab. Bild: Gloria Jäger

In Abweichung zur eigenen Partei?

Atici: Ja. Aber es ist klar: Es braucht flankierende Massnahmen für die Quartiere im Kleinbasel, Gellert und Birsfelden, die von den langjährigen Bauarbeiten betroffen sein werden. Und es braucht die Einführung von Tempo 30-Zonen oder Fahrverbote während den Stosszeiten, damit eine klare Entlastung für die Anwohner spürbar ist. Von den zuständigen Behörden habe ich dazu bislang nichts gehört. Das geht nicht.

Thiriet: Ich bin beim Ausbau von Strassennetzen skeptisch, denn die Folge ist einfach noch mehr Verkehr, gefolgt von noch mehr Verkehrschaos. Der Bau des Rheintunnels ist nur eine Option, wenn die massive Beeinträchtigung für die betroffenen Gebiete abgedeckt wird und weitere Anpassungen erfolgen. Zum Beispiel der Bau einer leistungsfähigen Veloroute entlang der Osttangente. Wir sollten auch gegenüber dem Bundesamt für Strassen fordernder auftreten – dass das Klybeck zehn Jahre lang zu einer Baustelle werden soll, ist nicht akzeptabel.

Herr Thiriet, die Grünen unterstützen das Referendum gegen den Rheintunnel. Sie auch?

Thiriet: Ich habe mich in dieser Frage noch nicht festgelegt.

«Ärzte, Apotheken, Forschungsfirmen, Spitäler: Alle wollen immer mehr Geld, deshalb steigen die Kosten im Gesundheitssystem. Das zeigt, dass der freie Markt nicht funktioniert.»



Mustafa Atici (SP)

Die steigenden Gesundheitskosten sind ein ungelöstes Problem. In Basel-Stadt werden jeweils die Prämienverbilligungen erhöht. Soll das immer so weitergehen?

Thiriet: Was die Kostenexplosion anbelangt, stelle ich mir schon Fragen. In der Region haben wir im Umkreis von 30 Kilometern 30 Spitäler: Das macht für mich wenig Sinn. Wir sehen zudem, wieviel zusätzliche Steuergelder die Bauten bei Unispital oder Felix Platter-Spital verschlingen.

Atici: Über das Gesundheitswesen wird in der Politik nicht ehrlich diskutiert. Ärzte, Apotheken, Forschungsfirmen Spitäler und so weiter: Alle Akteure wollen immer mehr, deshalb steigen die Kosten. Das zeigt, dass der freie Markt nicht funktioniert. Darum braucht es nationale Lösungen, wie sie die SP vorschlägt. Die Krankenkassenprämien dürfen nicht mehr als 10% im Portemonnaie ausmachen. Wir alle sind zudem aufgefordert, nicht bei jedem gesundheitlichen Problem gleich den Spezialisten zu konsultieren.

Urgese: Gegen Prämienverbilligungen ist nichts einzuwenden, aber sie sind halt eine Symptombekämpfung zulasten der Steuerzahler. Was ich absurd finde, ist die Aussage, der freie Markt funktioniere nicht. Keine Branche ist so stark reguliert wie das Gesundheitswesen! Enormes Potenzial erkenne ich beim elektronischen Patientendossier, mit dem sich unnötige Mehrfachuntersuchungen verhindern lassen. Zudem sollte die Spitalfusion erneut geprüft werden und den Menschen mehr Wahlfreiheit bei der Ausgestaltung der Krankenkasse-Prämie gelassen werden. Wer weniger zahlen und dafür etwa auf die Komplementärmedizin verzichten möchte, soll das tun können.

Reden wir zum Schluss über die Energiewende. In der Schweiz ist eine Debatte um den Bau von Atomkraftwerken entfacht. Ist das für Sie eine Option?

Thiriet: Die AKW-Diskussion hat sich erübrigt, bevor sie angefangen hat. Diese Technologie aus vergangenen Zeiten ist teuer und gefährlich. Niemand will investieren. Wir müssen die Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise erreichen, indem wir massiv in die Erneuerbaren investieren. Ausserdem brauchen wir ein Stromabkommen mit der EU.

Um AKW-Strom aus dem Ausland importieren zu können?

Thiriet: Um erneuerbare Energie beziehen zu können. AKWs sind ein No-Go.

Atici: Die Basler Kantonsverfassung verbietet uns ohnehin Atomkraftwerke. Die Debatte schadet mehr, als dass sie etwas bringt. Wir müssen jetzt voll auf die Solarenergie setzen.

Urgese: Ich finde es falsch, eine Technologie per se auszuschliessen. Politik sollte sich technologieneutral verhalten. Darum muss das Technologieverbot auf nationaler Ebene gestrichen werden. Ich bin mir aber bewusst, was in der Basler Kantonsverfassung steht und würde mich als Regierungsrat selbstverständlich daran halten.

Die kostenlose Prime News-App – jetzt [↗](#) herunterladen .



Christian Keller

Gründer / Inhaber

[Mehr über den Autor](#)